

Dringl. ANTRAG IM GEMEINDERAT Nr. 1020/16

Der

Mag.-Abteilung *Pis*

zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung
zugewiesen. Erledigung dem Präsidialamt
anzeigen.

*Dringl + Antrag
+ ZA
Grün, ÖVP* } *Für den Bürgermeister
mit Mehrh. angen?*

GR ECO Dr. Peter PIFFL-PERCEVIC

GRAZER ÖVP
GEMEINDERATSCLUB

A-8011 Graz Rathaus
Tel 0316/872 2130
Fax 0316/872/2139
E oevp.club@stadt.graz.at

ANTRAG
zur
Dringlichen Behandlung

16.6.2016		STADT
G R A Z		
Eingel. am:	23. Juni 2015	
GZ:	16577/2016	
OZ:	129	Beilagen
		Präs

Betrifft: Verstärkung des Schutzes von Opfern von Gewaltverbrechen

Am 20. Juni 2015 hat sich in der Grazer Innenstadt eine bis heute unfassbare Tat ereignet, die nicht nur bei den unmittelbaren Opfern, sondern auch bei allen Menschen, die sich unserer Stadt verbunden fühlen, tiefe Wunden hinterlässt. Ein Einzelner hat mit seiner Amokfahrt drei Menschen getötet und mehr als hundert Personen schwer verletzt. Etliche Betroffene leiden noch heute unter schweren körperlichen Beeinträchtigungen, die seelischen Narben werden viele Opfer ein Leben lang zu ertragen haben.

Die vor kurzem angeordnete Aufhebung der U-Haft auf Basis eines Gerichtsgutachtens und die nunmehr verfügte Einweisung des Grazer Amokfahrers in eine geschlossene Psychiatrie stößt nicht nur bei den von der Amokfahrt Betroffenen auf Entsetzen, auch in der breiten Öffentlichkeit herrscht vollkommenes Unverständnis darüber, dass ein mutmaßlicher Schwerverbrecher für seinen grausame Tat nicht zur Verantwortung gezogen werden soll.

In diesem Zusammenhang muss leider wieder einmal festgestellt werden, dass der Schutz menschlichen Lebens und dessen Unversehrtheit deutlich hinter den notwendigen Möglichkeiten zurückbleibt.

Der Zustand unserer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen unter verschiedensten Psychosen und psychischen Problemen leiden, lässt die Befürchtung zu, dass solche oder ähnliche Wahnsinnstaten künftig eher zunehmen als abnehmen werden.

Im Zusammenhang mit dieser Tat in Graz ist der derzeit praktizierte Umgang mit geistig abnormen Rechtsbrechern generell zu hinterfragen.

Die Erwartung, dass der Täter lebenslang in Gewahrsam verbringen sollte, ist aus Sicht der Opfer nicht nur legitim, sondern auch für die Bewältigung ihrer Traumata essenziell und daher zu diskutieren. Auch die Öffentlichkeit erwartet sich klare Schutzmechanismen seitens der Justiz.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat tritt am **Petitionsweg** an den zuständigen Bundesminister für Justiz, Dr. Wolfgang **Brandstetter**, heran, um eine Änderung des österreichischen Strafrechtes zu prüfen, die verstärkt dem Schutz auch möglicher künftiger Opfer Rechnung trägt und ausschließt, dass gefährliche, geistig abnorme Schwerverbrecher wieder vorzeitig auf freien Fuß kommen.

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'W. Brandstetter', written in a cursive style.

**Gemeinsamer
ZUSATZANTRAG
von ÖVP und Grüne**

Betr.: Zusatz zum Dringlichen Antrag
Verstärkung des Schutzes von Opfern von Gewaltverbrechen

Besonders wird der Bundesminister für Justiz um Veranlassung einer geeigneten Qualitätskontrolle von Sachverständigengutachten im Strafverfahren und im Maßnahmenvollzug sowie um einen Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen für Opfer von Straftaten, insbesondere hinsichtlich der Sicherstellung einer längerfristigen begleitenden therapeutischen Betreuung, ersucht.